

Datum:
Telefon:
Telefax:

Anlage 2

Sozialreferat
Koordinierungsbüro zur
Umsetzung der UN-
Behindertenrechtskonvention

**Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Maßnahme „Grobkonzept für Handicap-Day“ und Maßnahmen
der Arbeitgeberin zur Inklusion**

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04963 für den
Verwaltungs- und Personalausschuss am 17.02.2016**

An das POR, Herrn berufsm. Stadtrat Dr. Böhle

Das Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention schätzt die Anstrengungen des POR zur Umsetzung der UN-BRK sehr. Die Arbeitswelt hat eine hohe Bedeutung für die Selbstständigkeit und das Selbstwertgefühl aller Menschen, nicht nur von Personen mit Beeinträchtigungen. Von der Forderung der UN-BRK auf einen offenen, inklusiven und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt sind wir jedoch noch weit entfernt.

Die Landeshauptstadt München ist als Arbeitgeberin gefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen, Barrieren für Menschen mit Behinderungen abzubauen, am Arbeitsplatz angemessene Vorkehrungen zur Beschäftigung zu treffen und jede Diskriminierung zu verhindern. Die laufenden und vorgeschlagenen Maßnahmen des POR entsprechen diesen Anforderungen.

Das Koordinierungsbüro begrüßt den Vorschlag, 2017 den Handicap-Day durchzuführen, der als Maßnahme Nr. 21 im Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK verankert ist. Ferner unterstützt das Koordinierungsbüro das Anliegen, einen städtischen Gebärdensprachdolmetscher-Service einzurichten. Gerade bei einem kurzfristig auftretenden Bedarf ist es nicht möglich, verlässlich auf externe Dienste zurückzugreifen. Um die Beschäftigung von gehörlosen Menschen weiter zu fördern, ist eine solche Unterstützung dringlich.

Da das Anliegen sehr dringlich ist und der Dienst in erster Linie für die Kommunikation der städtischen Dienstkräfte und Auszubildenden zur Verfügung stehen soll, wird die Verortung im POR unterstützt. Bei einer Ausweitung der Aufgabenbeschreibung schlägt das Sozialreferat ein Abstimmungsgespräch mit dem POR über die Ansiedlung der Stelle vor.

Das Sozialreferat zeichnet die Beschlussvorlage unter der Maßgabe mit, dass die Passage zur Ansiedlung der Stelle der/des Gebärdendolmetscherin/-dolmetschers (Seite 9, 2. Absatz) wie folgt abgeändert wird:

„Zunächst wird die Stelle für die Kommunikation der städtischen Dienstkräfte und Auszubildenden zur Verfügung stehen. Das Sozialreferat unterstützt daher die Anbindung der Stelle im Personal- und Organisationsreferat, da damit die erforderliche Anbindung an die Kernaufgaben der stadtweiten Personalverwaltung am besten gewährleistet ist.“

gez.

Brigitte Meier
Berufsmäßige Stadträtin